

Wesel, 6. Februar 2017

**Offener Brief an die  
Abgeordneten des Europäischen Parlaments**

F. De Masi, K. H. Florenz, J. Geier, S. Giegold

Sehr geehrte Herren,

das Europäische Parlament wird in Kürze über das Abkommen CETA zwischen der EU und Kanada abstimmen. Dieses Abkommen ist unseres Erachtens von immenser und richtungsweisender Bedeutung: Es handelt sich hierbei nicht nur um ein Handelsabkommen zwischen zwei „entwickelten“ Staaten, sondern um einen Gesellschaftsvertrag, der die Lebensbedingungen für sehr viele Menschen und für lange Zeit völkerrechtlich bindend entscheidend beeinflussen würde.

Grundsätzlich teilen wir die Auffassung, wonach in einer globalisierten Welt Handelsverträge für die betroffenen Staaten und ihre Bürger Vorteile bringen („Frieden durch Handel“) und Modellcharakter besitzen können. Wie viele andere kritische Organisationen würden wir unter bestimmten Bedingungen solche Abkommen auch mitverantworten.

Aber nach intensiver Auseinandersetzung mit den Entstehungsmodalitäten, dem Inhalt und den zu erwartenden Folgen von CETA lehnen wir dieses Abkommen aus prozeduralen und inhaltlichen Gründen ab. Wir möchten erneut auf folgende Schwächen und Konfliktpotentiale hinweisen, wobei wir uns aus nachvollziehbaren Gründen nur auf wenige Argumente beschränken müssen.

Ein solches Abkommen – zwischen rechtsstaatlichen Ländern mit einer langen demokratischen Tradition und einer kompetenten Zivilgesellschaft - bedarf der Öffentlichkeit und des öffentlichen Diskurses. Die EU-Kommission und fast alle zuständigen Politiker haben es aber vorgezogen, elitär, proaktiv für die Wirtschaft und Investoren, ohne Beteiligung der betroffenen Bürger und Bürgervertretungen, einen Vertragstext auszuhandeln, der Partikularinteressen, die internationalen Konzerne und die Gewinner der Globalisierung begünstigt. Diese Vorgehensweise reicht bereits aus, um es als undemokratisch zu bezeichnen: Das „Wie“ der Vorgehensweise ist genauso entscheidend wie das „Was“ / der Inhalt.

Der Grundgedanke von Globalisierung und entsprechender Freihandelsabkommen ist, dass damit dem Wohl der allermeisten Menschen gedient wird, ohne dabei – aus ethischen Gründen – andere zu sehr zu benachteiligen und ohne die ökologischen Prioritäten dabei aus den Augen zu verlieren. Die „Verlierer“ müssten eine realistische Chance besitzen, sich umzuorientieren, um in Würde leben zu können. Auch dies ist nicht der Fall: Die Logik der Konkurrenz und der Effizienzsteigerung bringt es mit sich, dass der bereits existierende Wettbewerb (so z.B. innerhalb der EU) in der Form eines gestiegenen Konkurrenzdrucks weiter verschärft würde. Der Vertrag wurde so gestaltet, dass amerikanische Konzerne über ihre Niederlassungen in Kanada oder Europa in den Genuss

der Regelungen kommen. Zum Geltungsbereich von CETA gehören also nicht nur Kanada und die EU sondern auch die USA. Der gestiegene enorme Konkurrenzdruck kann nur bedeuten, dass aus strategischen und inhärenten Gründen schrittweise alles zur Disposition steht, was nicht ausdrücklich ausgenommen wird (siehe Stillstandsklausel, Sperrklinkenklausel usw.). Dazu werden alle Standards, Normen und Gesetze gehören, welche der Expansion eines Unternehmens im Wege stehen. Das Abkommen wird insbesondere den Wettbewerbsdruck auf Löhne und Arbeitsbedingungen vieler Beschäftigten erhöhen und zu einer Zunahme der prekären Beschäftigung führen. Wir verstehen das Abkommen als Bedrohung für Demokratie, soziale Rechte, den Verbraucher- sowie den Umweltschutz. Das CETA-Abkommen bedroht hart erkämpfte Standards und schenkt Konzernen Klageprivilegien. Die Abkehr vom Vorsorgeprinzip wäre gleichbedeutend mit einem Paradigmenwechsel. Die Aussicht auf eine solche Veränderung hat bereits dazu geführt, dass der VW-Konzern die Gefährdung durch Dieselfeinstaub als wissenschaftlich nicht bewiesen abstreitet. CETA macht gute Standards nicht zum Ziel, sondern zur Zielscheibe.

Sind die Prinzipien wie Konkurrenz und grenzenlose Bereicherung Einzelner erst völkerrechtlich verankert, werden alle Konzerne ihre Möglichkeiten maximal ausnutzen: Sie werden alle „Wirtschaftshemmnisse“ juristisch anfechten. Die geplanten Handelsgerichte schaffen eine Paralleljustiz, die weniger die Rechte der Bürger, private und gesellschaftliche Belange und mehr die Anliegen der Konzerne und der Investoren verteidigen werden.

Dies ergibt sich bereits aus den Kosten solcher Verfahren: Weder einzelne Bürger, NGOs noch der betroffene Staat besitzen ein Klagerecht gegen die Konzerne; und mittlere Unternehmen werden es sich auch nicht leisten können. Welche Institutionen werden mit der Kontrolle der Konzerne, mit der Verhängung von Sanktionen und Strafen, und mit ihrem Vollzug betraut? Wo bleibt das Individualklagerecht, das unternehmerische Risiko?

Das Abkommen wird die Entwicklung zur Liberalisierung, Privatisierung und Ökonomisierung vorantreiben; es wird die Gesellschaft noch mehr in Gewinner und Verlierer einteilen. Es bestätigt und verankert den Primat der Wirtschaft und drängt schrittweise die Interessen der Gesellschaft und ihrer Bürger zurück; diese Entwicklung wird als Einbahnstraße der Privatisierung missbraucht. Eine Rekommunalisierung soll erschwert, verhindert werden. Jede Gesellschaft hat jedoch das unveräußerliche Recht, über ihre Gegenwart und ihre Zukunft zu bestimmen, um Gefahren abzuwehren, Fehler rückgängig zu machen und Nachregulierungen zu erzwingen. Dieses Recht zur Regulierung soll jedoch durch einen völkerrechtlich bindenden Vertrag schrittweise aber drastisch eingeeengt werden, und an dem vertraglich festgelegten Status Quo darf dann ohne vorherige Zustimmung der Wirtschaft nicht mehr gerüttelt werden (siehe Stillstandsklausel, Sperrklinkenklausel, Regulatorische Kooperation, Filterung durch intransparente Gremien ...). Das Abkommen pervertiert sogar die gängige Praxis, wonach ein Gesetz erst in Kraft tritt, nachdem die jeweiligen nationalen Parlamente dem Gesetzentwurf zugestimmt haben. Aus einer vorläufigen Anwendung kann so ein Dauerzustand werden. Ein Austritt aus dem Abkommen setzt die Einwilligung aller 28 EU-Staaten voraus, wird also de facto verhindert. Der Investitionsschutz würde ohnehin für weitere 25 Jahre bestehen!

Die Wirtschaft erhält eine zu große Machtfülle. Gier führt bekanntlich zu Machtmissbrauch. Daraus ergibt sich die reale Gefahr von z.T. unvorhersehbaren sozialen Konflikten, und entsprechender Entladungen.

Das Abkommen wird durchgesetzt und prozedural legalisiert, es wird dadurch aber nicht demokratisch legitimiert. Es ist zu befürchten, dass ein Abkommen wie CETA bereits sichtbare und spürbare Fehlentwicklungen verstärkt und zementiert. Dies würde zu einer bipolaren Gesellschaft mit Gewinnern und Verlierern sowie zu sozialen Konflikten führen.

Einen Vorgeschmack dessen, was bevorstehen könnte, lässt sich z.Z. in den USA – aber auch in der EU – beobachten.

Eine möglichst sachliche und inhaltlich geführte Auseinandersetzung mit dem Vertragstext von CETA hat uns in unserer Ablehnung bestärkt. Dies bedeutet nicht, dass wir jedes Handelsabkommen per se ablehnen. Da eine Nachbesserung des Vertragstextes nicht möglich ist, fordern wir Sie auf, das Freihandelsabkommen CETA abzulehnen und, falls erwünscht, dieses Abkommen - den oben aufgeführten Prinzipien entsprechend - neu zu verhandeln.

Mit freundlichem Gruß

*Klaus Kubernus-Perscheid im Namen der ATTAC- Regionalgruppe Niederrhein*

P.S.: Falls Sie sich mit den Prinzipien eines aus unserer Sicht positiven Handelsabkommens auseinandersetzen möchten, sei an dieser Stelle auf das von vielen Organisationen gemeinsam ausgearbeitete Alternative Handelsmandat hingewiesen.